



LRGV - Landesrecht Gesetze und Verordnungen

Stammnorm

Ausfertigungsdatum: 20.06.1995

Fassung

Gültig ab: 01.12.2010

Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung (Justizver- waltungskostengesetz - JVKostG)

Vom 20. Juni 1995

Aufgrund des Artikels 3 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung vom 7. März 1995 (GV. NW. S. 193) wird nachstehend der Wortlaut des Justizverwaltungskostengesetzes, wie er sich aus

- dem Gesetz über Kosten im Bereich der Justizverwaltung vom 7. Januar 1958 (GV. NW. S. 11)

und den Änderungen durch

- § 31 Abs. 1 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 23. November 1971 (GV. NW. S. 354)

- Artikel II des Gesetzes zur Änderung von Justizkostengesetzen vom 3. November 1992 (GV. NW. S. 434)

- das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung vom 7. März 1995 (GV. NW. S. 193)

ergibt, bekanntgemacht.

Düsseldorf, den 20. Juni 1995

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

**Gesetz über Kosten im Bereich der Justizverwaltung
(Justizverwaltungskostengesetz - JVKostG)
in der Fassung der Bekanntmachung**

Vom 20. Juni 1995

§ 1

Fußnoten zu § 1

§ 1 Abs. 1, § 4 und § 7 geändert durch Art. XI des Gesetzes v. 5.4.2005 (GV. NRW. S 408);
in Kraft getreten am 5. Mai 2005.

(1) In Justizverwaltungsangelegenheiten erheben die Justizbehörden des Landes Kosten (Gebühren und Auslagen) nach dem Gesetz über Kosten im Bereich der Justizverwaltung (JVKostO) in der jeweils für die Justizbehörden des Bundes geltenden Fassung. Hiervon ausgenommen sind § 4 Abs. 3 JVKostO und § 4 Abs. 4 und 5 JVKostO, soweit diese auf § 4 Abs. 3 JVKostO Bezug nehmen.

(2) Ergänzend gelten die §§ 2 bis 6 dieses Gesetzes und das anliegende Gebührenverzeichnis. (Anlage)

§ 2

Fußnoten zu § 2

§§ 3 bis 5 aufgehoben sowie in der Anlage zu § 1 Absatz 2 die Nummer 3 bis einschl. 3.4 gestrichen durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. März 2010 ([GV. NRW. S. 192](#)), in Kraft getreten am 1. Dezember 2010.

Die Justizbeitreibungsordnung vom 11. März 1937 (RGBl. I S. 298) in der jeweils für die Justizbehörden des Bundes geltenden Fassung gilt für die Einziehung der dort in § 1 Abs. 1 genannten Ansprüche auch insoweit, als diese Ansprüche nicht auf bundesrechtlicher Regelung beruhen.

§ 6

Soweit landesrechtliche Kostenvorschriften auf bundesrechtliche Kostenvorschriften verweisen, sind diese in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

§ 7

Fußnoten zu § 7

§ 1 Abs. 1, § 4 und § 7 geändert durch Art. XI des Gesetzes v. 5.4.2005 (GV. NRW. S 408); in Kraft getreten am 5. Mai 2005.

Dieses Gesetz gilt für Gerichtsverwaltungsangelegenheiten des Verfassungsgerichtshofs.

§ 8

Fußnoten zu § 8

Die Vorschriften betreffen das Inkrafttreten des Gesetzes in der Fassung der Verkündung vom 7. Januar 1958 (GV. NW. S. 11).

§ 8 Absatz 5 angefügt durch Art. XI des Gesetzes v. 5.4.2005 (GV. NRW. S 408); in Kraft getreten am 5. Mai 2005.

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1957 in Kraft.

(2)

(3) Gebühren und Auslagen sind nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu erheben, wenn sie nach dem Inkrafttreten des Gesetzes fällig werden.

(4) Soweit vor Verkündung dieses Gesetzes Kosten nach den bisherigen Vorschriften erhoben worden sind, behält es hierbei sein Bewenden.

(5) Die Landesregierung berichtet dem Landtag bis zum 1. Juli 2009 zu der Frage, ob Teile dieses Gesetzes aufgehoben oder geändert werden sollen.

Anlagen

Anlage 1 (Anlage 1)

[URL zur Anlage \[Anlage 1\]](#)